Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz DJS JDS GDS

Demokratische JuristInnen Bern djb

MEDIENMITTEILUNG

Kundgebungsreglement der Stadt Bern: Gemeindebeschwerde erfolgreich – „Stehen in Bern“ abgewendet!

Pünktlich zum 1. Mai erhielten die Beschwerdeführer erfreuliche Post: Regierungsstatthalterin Regula Mader hat die von einer breiten schweizerischen Koalition geführte Gemeindebeschwerde gegen die Teilrevision des städtischen Kundgebungsreglements (KgR) vollumfänglich gutgeheissen.

Der vom Stadtrat am 15. Mai 2008 mit 40 gegen 36 Stimmen überwiesene Antrag der Fraktion GFL/EVP und Stadtrat Reto Nause (CVP, heute Gemeinderat und Vorsteher der Polizeidirektion der Stadt Bern), wonach Kundgebungen in der Hauptstadt der Schweiz in der Regel nur noch als Platzkundgebungen bewilligt werden sollen, ist demnach ein **unzulässiger Eingriff in die von der Kantons- und der Bundesverfassung gewährte Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit.**

Die vom Stadtparlament verabschiedete Vorlage hätte Kundgebungsumzüge ganz grundsätzlich in sämtlichen Strassen und auf sämtlichen Plätzen des gesamten Stadtgebietes verbieten, bzw. nur im Ausnahmefall bewilligen wollen. In der 14seitigen Begründung erinnert die Regierungsstatthalterin an die bundesgerichtliche Rechtsprechung, wonach Veranstalter einer Demonstration das **legitime Bedürfnis haben, Veranstaltungen mit Appellwirkung** durchführen zu können. Wegen ihre **Hauptstadtfunktion** sei die „allgemein anerkannte, besondere Bedeutung einer umfassenden politischen Meinungskundgabe im demokratischen Rechtsstaat, insbesondere auch **in den unterschiedlichsten Formen wie etwa Platzkundgebungen, aber auch Umzügen, Strassentheatern** etc. ….in der Stadt Bern besonders zu berücksichtigen“.

Die in **Art. 6a vorgesehene Möglichkeit, dass der Gemeinderat in Ausnahmefällen einen Demonstrationszug bewilligen könne**, sei äusserst unklar und teilweise „klar missverständlich“. Sie führe zu einer **erheblichen Rechtsunsicherheit**: „ Es ist davon auszugehen, dass von Art. 6a Abs.2 KgR erfassten Kundgebungen nach dieser Bestimmung in einer Vielzahl von Fällen nicht bewilligt würden, obwohl für diese gemäss den in Art. 19 Abs. 2 Satz 2* statuierten Voraussetzungen der Kantonsverfassung ein Anspruch auf Durchführung der Kundgebung bestehen würde“.

Die Regierungsstatthalterin stellt klar, dass die Berner Innenstadt nicht der „Klosterplatz von Einsiedeln“ ist. Sie verwirft das vom Gemeinderat vorgebrachte Argument, historische Örtlichkeiten in der Stadt Bern benötigten besonderen Schutz und seien deshalb von Demonstrationen auszunehmen. Weiter verweist sie auf das Argument der „Polizei als Fachinstanz“, wonach die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit unter Umständen besser dadurch gewährleistet werden könne, indem man eine Demonstrationen „Laufen lasse“.

Für Rückmeldungen steht Ihnen der Verfasser der Beschwerdeschrift, **Dr. iur. Michel Heinzmann** von der Berner Anwaltskanzlei *advocomplex* zur Verfügung unter **Telefon 031 370 10 60.**

* *…Kundgebungen sind zu gestatten, wenn ein geordneter Ablauf gesichert und die Beeinträchtigung der anderen Benutzerinnen und Benutzer (des öffentlichen Grundes) zumutbar erscheint…*

Die Gemeindebeschwerde wurde <u>namentlich (in alphabetischer Reihenfolge) eingereicht von:</u> augenauf bern; comedia schweiz; Demokratische Juristinnen und Juristen Bern, djb; Gewerkschaft Kommunikation GEKO, Regionalsekretariat Bern; Gewerkschaft Kommunikation, Sektion Bern-Postpersonal; Gewerkschaftsbund Kanton Bern GKB; Gewerkschaftsbund Stadt Bern GSB; grundrechte.ch; Grüne Partei Bern-Demokratische Alternative GPB-DA; Grüne Partei der Schweiz GPS; Grünes Bündnis Bern GB; Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA; Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Schweiz, JUSO; Solidarité sans frontières; Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern; Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern

<u>Zusätzlich wurde die Beschwerde mitgetragen von:</u> Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz DJS; Gewerkschaft Kommunikation, Sektion Zentrale Bereiche Post; Junge Alternative JA!; PdA Bern; Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB; Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS; StudentInnenschaft der Universität Bern SUB; Syna Region Bern; Travail Suisse; Unia, Sektion Bern und Region Bern; vpod Region Bern und Bundespersonal